



Landesverband der Freien Berufe
Mecklenburg-Vorpommern e.V.



STEUERBERATERKAMMER
MECKLENBURG-VORPOMMERN
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Ministerpräsident von
Mecklenburg-Vorpommern
Herrn Erwin Sellering
Staatskanzlei
19048 Schwerin

Schwerin, Rostock, den 25. März 2014

Wirksamer Schutz vor digitaler Ausspähung

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Sellering,

in jüngster Zeit werden immer neue Erkenntnisse über Massendatenspeicherungen und digitales Ausspähen öffentlich.

Mit großer Sorge sehen wir dabei, in welchem immensen und bis dato unvorstellbarem Ausmaß offenbar auch in Mecklenburg-Vorpommern Bürger und Berufsgeheimnisträger digital ausgespäht werden.

Diese Praktiken stellen einen tiefen Eingriff in die Grundprinzipien des Rechtsstaates dar. Außer der massiven Verletzung des Rechts der Privatsphäre und der informellen Selbstbestimmung des Einzelnen wird dessen berechtigtes Interesse und Anspruch auf vertrauliche Kommunikation mit Berufsgeheimnisträgern gravierend in Frage gestellt.

Die Freien Berufe als Berufsgeheimnisträger müssen insgesamt befürchten, die Pflicht zur und das Recht auf Verschwiegenheit nicht mehr hinreichend wahrnehmen und den Beruf daher nicht mehr ungehindert ausüben zu können. Es ist nicht ansatzweise hinnehmbar, wenn ohne gerichtliche Kontrolle Mandant und Berufsgeheimnisträger davon ausgehen müssen, dass ihre telefonische oder elektronische Kommunikation ohne Anlass abgehört und ausgespäht wird, das im Mandatszusammenhang Bewegungs- und Kontaktprofile sowie Datenabgleiche erstellt werden können.

Es ist staatliche Aufgabe, diesen Praktiken, die in das Grundwesen des Rechtsstaates in schwerwiegender Weise eingreifen, entgegenzutreten. Bürger, Berufsgeheimnisträger und die Rechtsstaatprinzipien sind entsprechend zu schützen.

Als Vertreter der Freien Berufe, insbesondere der rechts- und steuerberatenden Berufe in Mecklenburg-Vorpommern appellieren wir eindringlich an Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, alles in Ihrer Macht und in Ihrem Einflussbereich Stehende zu unternehmen, um einen rechtsstaatlichen Zustand wieder herzustellen. Wegen der Brisanz des Problems haben wir uns auch den Resolutionen unserer Schwesterverbände in vielen anderen Bundesländern, der gemeinsamen Resolution „Für einen wirksamen Schutz vor digitaler Ausspähung“ des Berliner Anwaltsvereins e. V., der Rechtsanwaltskammer Berlin und der Steuerberaterkammer Berlin, angeschlossen (vgl. Anlage).

Diese fordert:

1. Die Unantastbarkeit des Berufsgeheimnisses zu gewährleisten und aktiv zu schützen, auch vor Angriffen aus dem Ausland.
2. Die rechtswidrigen Massendatenerhebungen schnell, vollständig und detailliert durch geeignete Maßnahmen, z. B. einen unverzüglich einzusetzenden parlamentarischen Untersuchungsausschuss, aufzuklären sowie die Ergebnisse in vollem Umfang öffentlich bekannt zu machen.
3. Die Vertraulichkeit der elektronischen Kommunikation im Rechtsverkehr durch eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung zu gewährleisten und unsichere, weil potentiell beobachtbare oder sogar veränderbare Kommunikationsverfahren (z. B. De-Mail) zu verhindern.
4. Initiativen zur Entwicklung einer europäischen Digitalinfrastruktur zu ergreifen und zu unterstützen, die Transparenz, Datensicherheit und Grundrechtsschutz gewährleisten.

Wir bitten Sie nicht nur entsprechend tätig zu werden, sondern bieten selbstverständlich hierbei auch die mögliche Unterstützung an.

Mit freundlichen Grüßen

Landesverband der Freien Berufe
Mecklenburg-Vorpommern e. V.



Dr. Peter Schletter
Präsident

Rechtsanwaltskammer
Mecklenburg-Vorpommern



RA Stefan Graßhoff
Präsident

Steuerberaterkammer
Mecklenburg-Vorpommern



StB Dr. Holger Stein
Präsident

Anlage